

A1 K3 Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Gremium: Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Berlin (Landesvorstand)

Beschlussdatum: 29.01.2021

Antragstext

3 Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und klar ist, niemand darf dabei zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, Kinder, ältere Menschen, prekär Beschäftigte, Arbeitssuchende und Menschen mit Behinderung sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung bedroht. Familien und Freischaffende suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und Gewerberäumen. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle teilhaben und ihren Platz finden. Auch in der kommenden Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität.

Wohnen ist keine Ware – 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert

Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschneit, auch weil hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist. Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt, auf dem in 30 Jahren 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert sind. Dafür werden wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsgesellschaften über Genossenschaften und Hausprojekte bis zu Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten. Die Bau-, Miet- und Wohnpolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir Verantwortung tragen. Wir haben sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht genutzt und mit dem Mietendeckel haben wir den Mut bewiesen, Menschen auch dann zu schützen, wenn der Wind uns frontal ins Gesicht bläst. Diesen Weg wollen wir weitergehen: Wir bauen das neue Berlin gemeinwohlorientiert und nachhaltig. Wir erwerben uns die Stadt Stück für Stück zurück, um Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner Mietenmarktes zu machen, und regulieren gleichzeitig die Mieten weiter. Für uns ist klar: Der Mietendeckel darf 2025 nicht ersatzlos enden.

42 Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören
43 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte
44 geschafft. Das
45 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes
46 kostenloses
47 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder
48 aus
49 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können.
50 Wir haben
51 den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für
52 Künstler*innen und
53 Freischaffende eingezogen, wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen
54 Aufträgen
55 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere
56 Einkommen haben.
57 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben
58 dafür gesorgt,
59 dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft
60 verlässlich
61 übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit
62 begonnen, das
63 Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen
64 zustehen, auch
65 tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle
66 Vorreiter. Der Weg
67 zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist
68 aber noch
69 weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf
70 Bundesebene
71 endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht
72 passiert
73 ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu
74 wollen wir
75 mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen
76 Bezirken in
77 alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen
78 Umfeld
79 Unterstützung leisten.

80 Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge
81 Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems
82 aufgezeigt: Statt in
83 gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) über
84 Jahrzehnte
85 kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns gehören
86 gute
87 Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung
88 dienen.
89 Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir
90 wollen diesen
91 Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen

92 und für mehr
93 Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez vernetzte
94 Versorgungsangebote
95 zu entwickeln. Wir haben massiv Geld in die landeseigenen Krankenhäuser
96 investiert. Wir
97 wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns
98 nachhaltig
99 auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein –
100 insbesondere auch bei
101 den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer besseren Verteilung wollen wir
102 eine besser
103 vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen
104 wir das
105 Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und erweitern.

106 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik
107 gemacht, sondern
108 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden
109 und die
110 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Verkehrswende, im
111 Bildungsbereich, in der
112 Sozialpolitik oder in der Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche
113 Chancengleichheit
114 unser Ziel. Wir wollen erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom
115 Geldbeutel, die
116 gleichen gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für
117 uns
118 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und
119 Selbstbestimmung.

120 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der
121 ambulanten Pflege,
122 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass
123 Pflegekräfte zu
124 schlechten Bedingungen mit viel zu vielen Patient*innen ihren Dienst tun. Darum
125 haben wir
126 gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren intensiv
127 an
128 Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids
129 „Gesunde
130 Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen
131 Personalschlüsseln die
132 Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege-
133 und
134 Wohnformen im Alter fördern, um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes
135 Leben zu
136 ermöglichen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf
137 Bundesebene
138 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.

139 Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der
140 Pflegeversicherung sowie der
141 grünen Bürger*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität

142 in der
143 Versorgung herzustellen.

144 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegulungen für Beamt*innen
145 verändert, so
146 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen
147 wir
148 bundesweit umsetzen.

149 Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

150 Ältere Menschen sind noch lange fit und wollen aktiver Teil der Gesellschaft
151 bleiben. Am
152 besten ermöglichen wir das, indem wir Hürden im Alltag abbauen. Auch für
153 Menschen mit
154 Behinderung oder Familien mit kleinen Kindern ist es wichtig, dass die Stadt
155 barrierefrei
156 ist. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden. Deswegen
157 machen wir
158 uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere Ampelschaltungen, eine
159 barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von Veranstaltungen
160 in
161 Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung,
162 gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance
163 bekommen, Teil des
164 ersten Arbeitsmarktes zu werden.

165 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege
166 für Menschen
167 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut,
168 sorgen dafür,
169 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben und bauen Hürden im Alltag ab.
170 Berlin
171 gelingt nur gemeinsam. Zusammen mit den Initiativen und Verbänden unterstützen
172 wir daher das
173 Berliner Behindertenparlament.

174 **3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und** 175 **sozial**

176 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnpolitik
177 eingeläutet, um
178 der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu
179 gebieten. Unser
180 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert zu gestalten.
181 Mit unserem
182 „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller
183 Wohnungen in Berlin
184 in gemeinwohlorientierter Hand sein. Unter Gemeinwohl verstehen wir die
185 landeseigenen
186 Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen und
187 Hausprojekte

188 sowie Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften
189 auf das
190 Gemeinwohl verpflichten. Wir schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen,
191 die ihr
192 Wohnschicksal in die eigenen Hände nehmen, wie beispielsweise Baugruppen, wenn
193 sie sich
194 sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen.

195 In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau stärker auf Gemeinwohl
196 ausgerichtet,
197 gleichzeitig hat der Mietendeckel Ruhe in den überhitzten Markt gebracht und zu
198 stabilen
199 Mietpreisen geführt. Damit haben wir juristisches Neuland betreten und sind
200 stolz darauf,
201 dass wir Wucher stoppen konnten, trotz heftigen Gegenwindes. In den kommenden
202 Jahren
203 streiten wir weiter für einen gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt
204 für Berlin.
205 Dazu gehört für uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude
206 stoßen 40
207 Prozent des CO₂ in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die
208 Bauwende
209 eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir
210 verwirklichen
211 soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz und spielen sie nicht gegeneinander aus.

212 Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und
213 ökologisch

214 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung
215 Platz hat.
216 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von
217 Genossenschaften über
218 landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bis zu Baugruppen und auch kleinen
219 privaten
220 Besitzer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr Wohnungen. Wir wollen, dass in
221 Berlin jährlich
222 20.000 Wohnungen neu gebaut werden, natürlich klimaneutral und mindestens die
223 Hälfte
224 sozialverträglich. Neubauten im Hochpreissegment müssen möglichst vermieden
225 werden, weil das
226 weite Teile der Bevölkerung ausschließt. Zur Förderung des Neubaus wollen wir
227 einen
228 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus
229 Darlehen
230 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Neubauten
231 ermöglicht. Wir
232 wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten, dass eine
233 besonders hohe
234 Förderung in dauerhaft gemeinwohlgebundene und möglichst CO₂-neutrale errichtete
235 Wohnungen
236 fließt. Die Genossenschaftsförderung für Neubauten wollen wir deutlich erhöhen

237 und weiter
238 öffnen, zum Beispiel auch für Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat.

239 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Mit
240 ökologischen
241 Dämm- und Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Naturstein oder
242 Recyclingbeton, wollen
243 wir klimafreundliche Neubauten und Modernisierungen auf die Straße bringen. Bei
244 energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die
245 Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues
246 faires System
247 zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau
248 bezahlt ist,
249 muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung
250 wollen wir
251 zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair
252 verteilen.

253 Durch eine energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer
254 Immobilien
255 und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete
256 durch niedrige
257 Energiekosten aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt. Die
258 öffentliche Hand
259 leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um
260 Berlin auf den
261 1,5-Grad-Pfad zu bringen.

262 Wir wollen Eigentümer*innen gesetzlich verpflichten, bis 2024 Fahrpläne für eine
263 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser
264 vorzulegen.

265 Dabei bieten wir eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die
266 Bauinformationszentren des Landes Berlin an. (Zu Fragen der Stadtentwicklung und
267 des
268 ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

269 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen,
270 wollen wir
271 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und
272 Entwicklungsmaßnahmen
273 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das
274 Berliner
275 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass mindestens
276 50 Prozent
277 der Wohnungen im Neubau dauerhaft gemeinwohlgebunden sind. Darüber hinaus wollen
278 wir auch
279 alle weiteren Möglichkeiten nutzen, um Baurecht an die dauerhafte ökologische
280 und
281 Gemeinwohlbindung mindestens eines Anteils des Neubaus zu knüpfen.

282 Den Wohnungsmarkt regulieren – bezahlbare Mieten sichern

283 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des
284 Zweckentfremdungsverbotes und

285 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte
286 gegangen, um
287 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die
288 Lage zu
289 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Darüber hinaus prüfen wir die
290 Schaffung
291 eines Landesamtes für Wohnungswesen, das vor allem die Umsetzung des
292 Mietendeckels
293 sicherstellen soll. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt zu schaffen,
294 haben wir ein
295 Berliner Miet- und Wohnungskataster eingeführt und werden es mit Leben füllen.

296 Die Wirkung des Mietendeckels ist bis 2025 begrenzt. Bis dahin braucht es auf
297 Bundesebene
298 eine Reform des Mietrechts, damit die Mehrheit der Mieter*innen nicht mehr als
299 30 Prozent
300 ihres Nettoeinkommens für Wohnen aufbringen müssen. Sollte das nicht gelingen,
301 werden wir
302 auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den
303 Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Dazu werden wir alle
304 Möglichkeiten
305 nutzen und ein Mietenkataster aufbauen. Ein solches Kataster kann Grundlage für
306 ein
307 Wohnraumbewirtschaftungsgesetz sein. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare
308 Mieten zu
309 sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbe und Immobilienkaufpreise
310 nicht durch die
311 Decke gehen.

312 Bei Wohnungen in öffentlicher Hand haben wir hohe Ansprüche an die
313 Gemeinwohlorientierung.
314 Darum entwickeln wir das Wohnraumversorgungsgesetz und die
315 Kooperationsvereinbarung mit den
316 städtischen Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Der
317 öffentliche
318 Wohnungssektor stellt sicher, dass auch Menschen mit geringem Einkommen die
319 Miete zahlen
320 können. Das wollen wir weiterhin gesetzlich sicherstellen. Beim landeseigenen
321 Berlinovo-
322 Konzern fordern wir eine tiefgreifende Strukturreform hin zu mehr Transparenz
323 und
324 Gemeinwohl.

325 Eigentum verpflichtet, und das muss sich auch in der Besteuerung niederschlagen.
326 Höherer
327 Wert heißt höhere Steuerzahlung. Angesichts der komplexen Umsetzungsfragen
328 wollen wir mit
329 einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob eine Umwandlung zu einer Bodenwertsteuer
330 sinnvoll und
331 durchführbar ist. Zusätzlich wollen wir die Grunderwerbsteuer progressiv
332 ausgestalten. Sie
333 soll deutlich höher ausfallen als bislang für Transaktionen mit vielen

334 Wohneinheiten und
335 niedriger als heute für Einzelkäufe.

336 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne
337 Eigentumswohnungen ist ein
338 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Wir wollen, dass der Bund den
339 Ländern durch
340 die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miets- in
341 Eigentumswohnungen
342 konsequent zu unterbinden und den Erwerb von Wohneigentum auf
343 Neubauinvestitionen zu
344 begrenzen. Sollte der Bund auch hier nicht handeln, werden wir prüfen, inwieweit
345 wir, analog
346 zum Mietendeckel, auch als Land Berlin diesbezüglich tätig werden können.

347 Die Stadt zurückerwerben

348 Um Verdrängung und Immobilienspekulation zu stoppen und bezahlbaren Wohnraum zu
349 ermöglichen,
350 streben wir in den nächsten 30 Jahren einen Berliner Wohnungsmarkt an, der zu 50
351 Prozent
352 gemeinwohlorientiert ist. Gemeinwohlorientiert sind für uns Eigentumsformen, die
353 nicht auf
354 puren Profit und Spekulation ausgerichtet sind – wie zum Beispiel
355 Genossenschaften,
356 Baugruppen, Berlins Wohnungsgesellschaften und Privatvermietende, die sich wie
357 die
358 öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten.

359 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung aus der
360 Mottenkiste
361 geholt: Mit dem Vorkaufsrecht verpflichten wir Käufer*innen mit
362 Abwendungsvereinbarungen
363 dazu, ihrer Sozialpflichtigkeit nachzukommen, oder veranlassen den Aufkauf der
364 fraglichen
365 Wohngebäude durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Mit einer
366 deutlichen
367 Erweiterung von Milieuschutzgebieten wollen wir diese Intervention zugunsten der
368 betroffenen
369 Mieter*innen zukünftig auch stadtweit ermöglichen. Mit Genossenschaften,
370 Stiftungen oder
371 Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine Kooperationsvereinbarung
372 schließen.
373 Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu
374 erhalten und zu
375 fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen
376 außerdem auf
377 Bundesebene dafür, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen fairen
378 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für
379 Gewerbemieter*innen
380 einführen und die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume
381 kostengünstig
382 anbieten, um vor Ort den Gewerbearten Räume anzubieten, die darauf besonders

383 angewiesen
384 sind.

385 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die
386 Politik, dass
387 dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im
388 Bereich Wohnen
389 und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des
390 Volksbegehrens.
391 Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu
392 gebieten und den
393 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

394 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen
395 verhandeln und
396 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
397 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen
398 Auftrag erfüllen
399 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen
400 Verantwortung
401 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt,
402 diesen
403 Schritt gehen. Wenn es um die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums
404 geht,
405 müssen qualitative Kriterien zur Bewertung kommen, die Diskussion um rein
406 quantitative
407 Obergrenzen sehen wir kritisch.

408 Aktive, transparente und faire Bodenpolitik

409 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten
410 Umgang mit
411 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein
412 transparentes
413 Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen.
414 Seinen
415 Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine
416 Erbbaurechtsstrategie implementieren. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr
417 privatisiert. Das wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

418 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung
419 begonnen hat,
420 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten
421 Landesgesellschaft
422 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Darüber hinaus wollen wir die Gründung
423 einer
424 genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche
425 und
426 gemeinwohlorientierte Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land
427 Trusts stärken.
428 Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des
429 Vorkaufsrechts
430 sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer

431 Immobilie
432 berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im
433 Bundesbaugesetzbuch kämpfen.
434 Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag einer Immobilie genutzt wird, um den
435 Verkehrswert zu
436 ermitteln, und nicht die höchstmögliche Verwertung zählt.

437 3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und 438 Perspektiven 439 schaffen

440 Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in
441 der viele
442 Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede*n treffen.
443 Besonders
444 gefährdet sind ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen,
445 oder Menschen
446 mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale
447 Sicherheit
448 garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es
449 eines
450 grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen
451 in allen
452 Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung
453 des Hartz-
454 IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-
455 II-Regelsatz.

456 Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige
457 Weichen neu
458 gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft
459 haben wir so
460 verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teurer
461 wird.
462 Zehntausende Mieter*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben.
463 Und um
464 Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf
465 12,50 Euro
466 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen.
467 In all
468 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

469 Familien- und Kinderarmut bekämpfen

470 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns
471 nicht nur
472 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen
473 angewiesen sind.
474 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, kulturell oder finanziell
475 benachteiligt sind.

476 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von
477 kostenfreier Kita- und
478 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der Grundschule oder dem
479 kostenfreien ÖPNV-
480 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und
481 bedrohte
482 Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr
483 tun. Deshalb
484 wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen.
485 Die ungerechte
486 Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir
487 mit einer
488 Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

489 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen
490 Lebenslagen zu
491 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der
492 „Landeskommission
493 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des
494 Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es
495 an die
496 Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen
497 erstellen,
498 von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das
499 Netzwerk
500 soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der
501 letzte ist, da
502 ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt
503 nachträgliches
504 Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum
505 haben wir in
506 den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell
507 abzusichern. Die
508 Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit
509 festen Stellen in
510 den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon
511 um die
512 Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots*innen auf
513 allen
514 Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

515 Familien in schwierigen Situationen brauchen besondere Unterstützung. Darum
516 haben wir uns in
517 den vergangenen Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke
518 eingesetzt.
519 Dies wollen wir nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die
520 Sozialarbeiter*innen vor Ort
521 sollen die Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder
522 Jugendsozialarbeit
523 zu finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen
524 verloren zu
525 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den

526 Familienbüros, die wir
527 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen,
528 sondern die
529 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
530 unbürokratisch beraten können.

531 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine
532 besonders
533 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein
534 Elternteil arbeitet,
535 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als
536 200 Personen
537 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen
538 Bezirken
539 wiederholen wollen.

540 Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren

541 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen
542 so zu

543 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren
544 gehen.

545 Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und
546 Suchtberatung

547 oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative
548 Ansätze aus

549 einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Die Rädchen
550 müssen vor Ort

551 ineinandergreifen. Damit Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie
552 benötigen. Dafür

553 müssen die besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für
554 die ganze

555 Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden
556 Einzelfall

557 gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In
558 Mitte war

559 ein Projekt zur Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In
560 Neukölln

561 haben wir ein Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und
562 Wege aus der

563 Krise zu zeigen. Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern
564 und der

565 Senatsverwaltung für Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns
566 ist klar,

567 dass Betroffene in die Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

568 Orientierung am Sozialraum der Menschen

569 Auch die Arbeit der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen
570 organisieren

571 – nicht entlang bürokratischer Logiken. Die in der Jugendhilfe begonnene

572 „Sozialraumorientierung“ ist ein guter Schritt in diese Richtung. Mit der

573 Verankerung im

574 Familienfördergesetz weiten wir diese Systematik auf andere Bereiche aus. In
575 ganz Berlin
576 sollen lebensweltlich orientierte Räume definiert und Fachkonzepte der
577 Zusammenarbeit
578 erarbeitet werden. Wir wollen Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien
579 und
580 Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“,
581 Babylots*innen, die Stadtteilmütter, Sozialarbeiter*innen in
582 Jugendeinrichtungen, die
583 Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Bei den
584 sogenannten „67er-
585 Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen
586 Schwierigkeiten,
587 wollen wir eine einheitliche Anwendung in den Bezirken erreichen. Parallel soll
588 die
589 Qualitätssicherung systematisiert und in ganz Berlin strukturiert werden, um
590 Flexibilität
591 und hohe Qualität zu verbinden.

592 Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen

593 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-,
594 Sozial- und
595 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes
596 Berichtswesen zu einer
597 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
598 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung
599 und vieles
600 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und
601 zusammenführen.
602 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren
603 und in die
604 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage
605 von
606 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar
607 2020 war ein
608 wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss
609 eine
610 Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können.

611 Das Konzept „Housing First“ ausbauen

612 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit
613 führt. Um die
614 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen
615 geschützten
616 Raum, ein Dach über dem Kopf. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz
617 „Housing First“
618 Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag – und
619 begleiten sie
620 dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen wollen
621 wir die
622 Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen

623 gemeinwohlorientierten Projekten,
624 die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein,
625 Bürgschaften
626 auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell
627 der Degewo
628 mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen
629 Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang
630 umsetzen zu können,
631 wollen wir Wohnungen auf Basis des Mietendeckels anmieten, um sie, begleitet von
632 sozialer
633 und psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Dabei
634 stehen besonders
635 verletzte Gruppen wie Frauen, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen
636 mit
637 Behinderung und Obdachlose mit hohem Alter im Mittelpunkt.

638 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von EU-Bürger*innen, wenn sie keine
639 Ansprüche
640 auf Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein,
641 Leistungsausschlüsse
642 abzuschaffen. In Berlin wollen wir eine Clearing-Stelle einrichten, die zentral
643 die
644 Möglichkeiten prüft und, wenn nötig, Menschen auf Basis des Allgemeinen
645 Sicherheits- und
646 Ordnungsgesetzes unterbringt.

647 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in
648 den
649 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600
650 Plätze
651 ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der
652 Kältehilfe
653 deutlich über 1.000 Plätze vorgehalten werden. Alle Plätze sollen stets mit
654 Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll
655 eine Chance
656 auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen.

657 Ein neues Landesamt für Unterbringung

658 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein
659 eigenständiges Leben –
660 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade
661 die Wohnung
662 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen
663 Menschen
664 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das
665 Landesamt
666 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat.
667 Diese
668 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das
669 LAF zu einem
670 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

671 3.3 Gesundheit ganzheitlich denken

672 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – das hätte nicht
673 drastischer deutlich
674 werden können als in der Corona-Pandemie. Vorsorge zu treffen heißt immer in
675 gute Strukturen
676 zu investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden.
677 Gesundheitsversorgung darf
678 nicht zur Profitmaximierung dienen, sondern muss sich am Wohl der Menschen
679 orientieren.
680 Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder individuelles
681 Gesundheitsverhalten. Es geht um gesunde Lebensbedingungen, um körperliches,
682 psychisches und
683 soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

684 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in
685 der Corona-
686 Pandemie war dies eine Herausforderung. Wir haben Kapazitäten aufgestockt,
687 Personal in den
688 Gesundheitsämtern aufgebaut und für den Notfall ein Corona-Behandlungszentrum
689 geschaffen.
690 Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben wir aber weit vor der Pandemie
691 begonnen. Die
692 Investitionen in die Krankenhäuser haben wir auf den Bundesschnitt angehoben und
693 dafür
694 gesorgt, dass Babylots*innen in allen Geburtsstationen der Berliner
695 Krankenhäuser Eltern
696 beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im Krankenhaus
697 besser und
698 gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf regionale,
699 saisonale und
700 nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine. Wir haben
701 erreicht, dass
702 alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erhalten. Wir
703 unterstützen
704 Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu versichern. Durch unseren
705 Einsatz können
706 sich endlich auch Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel mit einem anonymen
707 Krankenschein
708 behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem der Zugang zur
709 hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist. Der neue und bislang
710 einzigartige
711 Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach niedrigschwellig
712 Beratung, Prävention
713 (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle Gesundheit,
714 insbesondere zu
715 HIV/AIDS.

716 Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen
717 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist
718 der

719 öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Über Jahrzehnte wurde der ÖGD
720 kaputtgespart. In der
721 Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt.
722 Wir brauchen
723 einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit den nötigen Kompetenzen und
724 Ressourcen
725 ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte Vernetzung voranzutreiben. Der
726 ÖGD soll
727 die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln. Daher
728 werden wir
729 systematisch auch neuere Berufsgruppen wie Public-Health-Absolvent*innen,
730 Epidemiolog*innen
731 oder Gesundheitswissenschaftler*innen in den ÖGD einbeziehen. Und wir setzen uns
732 dafür ein,
733 dass Famulaturen im Medizinstudium sowie das praktische Jahr auch in den
734 Gesundheitsämtern
735 absolviert werden können. Wir wollen den Beruf der*des Amtsärzt*in attraktiver
736 machen und
737 die Voraussetzungen schaffen, dass die gesamte Ausbildung zur Fachärzt*in für
738 den
739 öffentlichen Gesundheitsdienst auch in Berlin absolviert und finanziert werden
740 kann. Mit
741 neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen Aufgaben zu
742 erledigen. Um
743 vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen, dass der ÖGD die
744 Vielfalt
745 unserer Gesellschaft widerspiegelt.

746 Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur
747 investieren

748 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen und die
749 Mitarbeiter*innen in
750 den Gesundheitsämtern – es gibt viele Berufsgruppen, die für gute
751 gesundheitliche Versorgung
752 wichtig sind. Wir wollen die noch nicht organisierten Gesundheits- und
753 Pflegeberufe bei
754 ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und
755 gewollt auch
756 in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur
757 Verfügung
758 steht, werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen
759 Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden. Auch die Ausbildung
760 muss
761 attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und
762 Studiengänge auch in
763 Teilzeit zu absolvieren.

764 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt
765 hoher
766 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um
767 den Status

768 quo zu halten, sondern auch, um Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der
769 Gesundheitsversorgung voranzubringen.

770 Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen

771 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der
772 psychischen
773 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, der Beruf und die soziale Lage eine
774 wesentliche
775 Rolle. In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen
776 – aber viel
777 zu selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen
778 Fachdisziplinen
779 zusammengebracht. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez macht es
780 anders: Hier
781 arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den
782 Menschen im Kiez
783 für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen
784 erfolgen
785 disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die Bedürfnisse der
786 Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das Projekt
787 regelmäßiger
788 Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKos mehr integrierte, lokale und
789 interprofessionelle Gesundheitszentren schaffen.

790 Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken

791 Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen
792 Politikfeldern zu
793 verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn
794 Gesundheit entsteht
795 weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort, wo
796 Menschen leben,
797 arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und ihre Freizeit verbringen. Auch
798 Klimaschutz ist
799 Gesundheitsschutz – Luftverschmutzung und Lärm machen krank. Mit der
800 Verkehrswende schützen
801 wir vor allem die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen Straßen
802 leben müssen.

803 Wir wollen künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre
804 Auswirkungen auf
805 die Gesundheit prüfen.

806 HIV/Aids besiegen

807 Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der
808 HIV-
809 Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen
810 in der
811 Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen.
812 Unser Ziel
813 für die kommenden Jahre lautet „95-95-95“: 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen
814 von ihrer
815 Infektion wissen, 95 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und 95 Prozent

816 der
817 Behandelten „unter der Nachweisgrenze“ sein, damit eine Übertragung des HI-Virus
818 nicht mehr
819 möglich ist. Um das zu erreichen, wollen wir die Infrastruktur zu
820 Versorgungsstrukturen
821 weiter verbessern.

822 Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für
823 alle

824 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten.
825 Hebammen und
826 Geburtshelfer begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Frauen sowohl
827 während der
828 Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen.
829 Dass
830 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett
831 betreuen kann, ist
832 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen allen Frauen aber weiterhin eine
833 selbstbestimmte und
834 sichere Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb
835 vereinbart, die
836 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, sie mit Service-Parkausweisen im
837 Alltag zu
838 unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche zu erleichtern.
839 Zusätzlich
840 haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen
841 für Hebammen
842 verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene
843 setzen wir uns
844 dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge übernommen
845 werden und es
846 dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern gibt.

847 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen,
848 wollen wir
849 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie auch
850 gleichgeschlechtlichen Paaren von der Krankenkasse finanziert wird.

851 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu
852 können.
853 Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten muss deshalb niedrigschwellig
854 zugänglich
855 sein und wir kämpfen weiterhin für die Entkriminalisierung von
856 Schwangerschaftsabbrüchen.

857 Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss

858 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die
859 Gesundheitsversorgung: Wir
860 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase
861 verbringen
862 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar
863 nicht mehr

864 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass
865 vorher eine
866 gute Aufklärung über Versorgungsvollmachten und eine Patientenverfügung
867 stattfindet. Deshalb
868 wollen wir die Strukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine
869 Beratungsstelle für
870 Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung im Hospiz
871 oder
872 zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aus gesundheitsökonomischer
873 Sicht oft
874 unattraktiver als die medizinische Behandlung durch Operationen und
875 intensivmedizinische
876 Maßnahmen. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus- und weiterzubilden, dass
877 für sie die
878 Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und lebensverlängernde Maßnahmen, die
879 von den
880 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden, nicht um jeden Preis
881 durchgeführt werden.

882 Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote
883 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden.
884 Durch unsere
885 Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen
886 positiven
887 Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken.
888 Darüber hinaus
889 wollen wir – u. a. im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote
890 schaffen und
891 ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen
892 besser zu
893 bewältigen.

894 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur
895 Behandlung und
896 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander
897 vernetzte
898 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze
899 sowie den
900 Abbau von Zwang. In der Versorgung gilt für uns die Maxime: ambulant vor
901 teilstationär vor
902 stationär. Unser Plan ist, innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie
903 neue
904 Angebotsformen zu fördern. Wir wollen den ÖGD hinsichtlich Beratung und
905 Begleitung stärken.
906 Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und
907 einen
908 datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

909 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote
910 zur
911 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen

912 Unterstützung und
913 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen.

914 3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die 915 Pflege 916 stark

917 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen
918 Alters
919 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie
920 kommen, wie
921 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir
922 die richtigen
923 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen
924 weiter ihre
925 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
926 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der
927 Einrichtungen im
928 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür
929 setzen wir uns
930 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen,
931 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

932 Im Kiez verortet

933 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so
934 lange wie
935 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im
936 Kiez teilhaben
937 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die
938 Pflegestützpunkte
939 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber
940 hinaus
941 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,
942 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über
943 die eigene
944 Community hinaus zusammenbringen.

945 Vielfalt der Pflege- und Wohnformen

946 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter Pflege- und Wohnformen an
947 und wollen
948 alternative Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große
949 Heimeinrichtungen
950 abgelöst werden, wir fördern kleine, in Quartieren angebundene und vernetzte
951 Versorgungseinrichtungen. Sie bieten quartiersnahe, sozialintegrative und
952 inklusive
953 Beratung, Pflege und Betreuung älterer Menschen. Um eine gute Qualität
954 sicherstellen und
955 kontrollieren zu können, haben wir das Wohnteilhabegesetz überarbeitet.
956 Besonders wichtig
957 war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und Wohngemeinschaften an den

958 jeweiligen
959 Sozialraum.

960 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem
961 Pflegebedarf
962 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die
963 ihr Angebot
964 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes
965 und
966 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch
967 Pflegeeinrichtungen und
968 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in
969 allen Kiezen
970 Pflegeeinrichtungen.

971 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
972 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene
973 Strukturen und
974 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes
975 Wissen über die
976 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng
977 eingebunden werden.
978 Für uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Hintergründe der Berliner*innen
979 abbilden
980 muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein.
981 Gerade in einer
982 Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei
983 Einstellungen auf
984 Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in Pflege-
985 und
986 Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der
987 interkulturellen
988 Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen –
989 diesen Weg
990 wollen wir weitergehen.

991 Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

992 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. Pflegekräfte sind
993 systemrelevant, das
994 spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend in den Arbeitsbedingungen wider. Das
995 wollen wir
996 ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege wurden in den letzten Jahren bereits
997 Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt
998 kommt es auf die
999 Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Eine
1000 Pflegekammer,
1001 wie sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen
1002 wir
1003 ausdrücklich.

1004 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen,
1005 Mobilitätsangebote,

1006 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den
1007 Arbeitsschutz zu
1008 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte in Form von
1009 Pflegekammern und
1010 regen das auch für andere Heilberufe an. Wir fordern mehr Teilzeitausbildungen
1011 und die
1012 Finanzierung der berufsbegleitenden Ausbildung zum*zur Altenpfleger*in. Im
1013 Ausland erworbene
1014 Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder
1015 außerhalb der EU
1016 erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten Versorgung
1017 müssen die
1018 Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen möglichst
1019 lange in ihrer
1020 eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in
1021 ihrem Beruf
1022 – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen wollen wir sie zurückgewinnen.

1023 Pflegende Angehörige besserstellen

1024 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege.
1025 Rund 200.000
1026 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir
1027 wollen sie
1028 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So
1029 wollen wir ihr
1030 Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das
1031 Kompetenzzentrum
1032 Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen
1033 Bezugspersonen
1034 soll ausgebaut und verstetigt werden. Als Berliner Landesregierung haben wir
1035 bereits eine
1036 Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine
1037 Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

1038 **3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen** 1039 **mit** 1040 **Behinderung**

1041 Die Berliner Stadtgesellschaft soll inklusiv werden. Wir wollen eine
1042 Gesellschaft, in der
1043 alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder kognitive Behinderung
1044 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen. In
1045 Berlin leben
1046 rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von über 50 Prozent, das
1047 ist fast jede
1048 zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für
1049 noch viel mehr
1050 Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen, auf
1051 barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es

1052 zentral,
 1053 dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.
 1054 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft.
 1055 Wir
 1056 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an.
 1057 Gleichzeitig arbeiten
 1058 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken
 1059 wird am Aufbau
 1060 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit
 1061 Behinderung künftig
 1062 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe
 1063 finden. Für den
 1064 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020
 1065 zusätzlich
 1066 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim
 1067 barrierefreien Umbau
 1068 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn.
 1069 Unser
 1070 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir
 1071 investieren
 1072 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.
 1073 „Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung
 1074 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen
 1075 wir gezielt
 1076 vorantreiben. Zum 1. Januar 2022 sollen alle bezirklichen „Häuser der Teilhabe“
 1077 gegründet
 1078 sein. Wir wollen in den Häusern multiprofessionelle Teams zusammenbringen, um
 1079 die Beratung
 1080 so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für einheitlich hohe Standards
 1081 der
 1082 Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen Land und Bezirken
 1083 entwickeln
 1084 und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also ein neues Label und
 1085 die
 1086 Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht zulassen.
 1087 Bei der
 1088 Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch das
 1089 „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
 1090 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in
 1091 allen „Häusern
 1092 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen
 1093 Beratungs-
 1094 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen
 1095 Rechtskreisen
 1096 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung
 1097 stehen.
 1098 Für Inklusion in allen Lebensbereichen

1099 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die
1100 Prämisse:
1101 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die Werkstätten so weiterentwickeln,
1102 dass sie nicht
1103 zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten
1104 Arbeitsmarkt dienen.
1105 Unternehmen mit mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet,
1106 wenigstens auf fünf
1107 Prozent der Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch
1108 immer zahlen
1109 aber zu viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um
1110 das zu ändern,
1111 werden wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung
1112 stärker
1113 fördern und Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an solche
1114 „Inklusionsbetriebe“ vergeben.

1115 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe
1116 und
1117 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir
1118 schnellstmöglich
1119 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der
1120 Inklusionstaxis im
1121 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu
1122 verwirklichen. Bei der
1123 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen
1124 wir Inklusion
1125 zu einer Bedingung machen.

1126 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch
1127 für ältere
1128 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten
1129 Wohnraumes
1130 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen
1131 wir die
1132 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass
1133 die Vorgaben
1134 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir
1135 entsprechende Quoten
1136 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

1137 Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides
1138 bedingt sich
1139 gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Nach und nach
1140 wollen wir
1141 unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder gemeinsam an Regelschulen lernen.
1142 Die
1143 Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an den Regelschulen zur
1144 individuellen
1145 Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin.

1146 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen
1147 Begegnungsräumen

1148 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins
1149 werden wir
1150 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen.

1151 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung
1152 der EU-
1153 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin
1154 einen
1155 wichtigen Schritt getan. Die praktische Umsetzung wollen wir nun beschleunigen.
1156 Das gilt
1157 zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und Bezirksämter. Bei der
1158 Neukonzeption
1159 von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit schon in der Planung
1160 umfassend
1161 mitgedacht werden.

1162 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist
1163 eine inklusive
1164 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

1165 3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, 1166 Unterstützung und Selbstbestimmtheit

1167 Drogen sind Teil der Gesellschaft und kaum eine Debatte wird so irrational
1168 geführt wie die
1169 um den richtigen Umgang damit. Wir Bündnisgrüne stehen für einen vernünftigen,
1170 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch
1171 Prävention und
1172 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz gewährleistet, Abhängigen
1173 unkompliziert Hilfe
1174 zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

1175 Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden

1176 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen
1177 deutschlandweit
1178 rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens,
1179 viele Millionen
1180 sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und
1181 Millionen
1182 Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig. Die am weitesten verbreitete
1183 illegale
1184 Droge ist mit ca. vier Millionen Konsument*innen Cannabis. Tatsächlich ist die
1185 Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen
1186 auf der
1187 anderen Seite nicht sinnvoll und historisch vor rund 100 Jahren willkürlich
1188 getroffen
1189 worden. Da sind wir uns mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig. Statt
1190 willkürlicher
1191 Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungspotential ein
1192 wichtiger
1193 Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied

1194 macht, wie
1195 Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant
1196 und in
1197 kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen
1198 Erkenntnissen
1199 orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

1200 In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf
1201 Bundesebene

1202 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht.
1203 Wir haben ein
1204 Werbeverbot für Tabak und Alkohol auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit
1205 einem Pilot-
1206 Projekt zum Drug-Checking in Clubs werden wir einen Weg einschlagen, der
1207 Menschen vor
1208 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume haben wir in den
1209 Bezirken
1210 geplant und geschaffen. Dort sind neben sicherem Konsum vor allem Aufklärung,
1211 Beratung und
1212 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis
1213 haben wir
1214 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und
1215 auf
1216 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene.
1217 Gemeinsam
1218 mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem
1219 „Cannabiskontrollgesetz“
1220 ein sehr konkreter Weg zur Legalisierung entwickelt, den wir auch weiter
1221 vorantreiben
1222 werden.

1223 Aufklärung und Prävention ausbauen

1224 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten,
1225 zielorientierten
1226 Drogenpolitik festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen
1227 ausbauen.
1228 Der Jugend- und Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und
1229 damit der
1230 Verbraucherschutz haben dabei für uns höchste Priorität. Dabei nehmen wir nicht
1231 nur
1232 substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern werden auch Programme der
1233 Prävention
1234 vor nicht substanzgebundene Süchte, beispielsweise Glücksspiel oder
1235 Computerspiele, weiter
1236 ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol wollen wir in einem nächsten Schritt
1237 auf allen
1238 Werbeflächen in Berlin verbieten und dazu die rechtlichen Möglichkeiten im
1239 Detail prüfen.
1240 Den Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und
1241 Barkeeper*innen
1242 schützen wir damit und wir halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen

1243 mit
1244 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucher kneipen wollen wir Lizenzen
1245 vergeben, um hier
1246 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

1247 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und
1248 werden mit
1249 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe
1250 diese
1251 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
1252 Spritzenentsorgung, zu häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen
1253 sowie mit
1254 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen
1255 haben auf
1256 Spielplätzen nichts verloren.

1257 Beratung und Selbsthilfe stärken

1258 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie
1259 Drogenkonsumräume. Unser
1260 Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzenprogramme in allen Bezirken Berlins. Mit
1261 einer
1262 stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen erreichen, die
1263 drogenabhängig und
1264 dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die Beratung aber nicht
1265 alleine
1266 schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so dass es sich zur
1267 anerkannten
1268 Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert mit Angeboten zur
1269 Beratung
1270 und Hilfe zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum. Dafür wollen wir mehr mobile Drug-
1271 Checking-
1272 Teams auf den Weg bringen, die die Erreichbarkeit verbessern. Die Sucht- und
1273 Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist
1274 dabei für uns,
1275 dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-
1276 Substitution und die
1277 Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und
1278 medizinisch-
1279 psychologische Betreuung nach der Haftentlassung.

1280 Schwarzmarkt austrocknen

1281 Um den Schwarzmarkt auszutrocknen, arbeiten wir weiter daran, Cannabis zu
1282 legalisieren.
1283 Solange es auf Bundesebene keine neue gesetzliche Regelung gibt, halten wir an
1284 unserem Ziel
1285 eines Modellprojektes zur legalen Abgabe von Cannabis in Berlin fest. Die nicht
1286 verfolgbare
1287 geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir anheben und auch für
1288 andere illegale
1289 psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen festlegen, die
1290 strafverfolgungsfrei

1291 bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv. Auch den Parks, die von
1292 massiven
1293 Dealertätigkeiten belastet sind, und deren Anwohner*innen wollen wir dazu
1294 verhelfen, wieder
1295 mehr Ruhe und Sauberkeit zu finden. Frei gewordene Kapazitäten wollen wir so
1296 weit möglich
1297 für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einsetzen, die maßgeblich
1298 durch den
1299 internationalen Drogenhandel begünstigt wird.

1300 Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik

1301 Weltweit sorgt der Handel mit Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Bei kaum
1302 einem
1303 anderen Politikfeld ist die Verbindung zwischen unserer Politik hier und der
1304 Lage der Welt
1305 so unmittelbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu beenden, arbeiten
1306 wir daran, den
1307 internationalen Drogenhandel zu unterbinden. Das gelingt nicht durch die
1308 Kriminalisierung
1309 von Konsument*innen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von
1310 Entkriminalisierung
1311 und Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese
1312 Konflikte auf
1313 dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

1314 **3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die** 1315 **Hauptstadt** 1316 **des Sportes**

1317 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft und stiften Freude.
1318 Wir wollen
1319 allen Berliner*innen ermöglichen sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem
1320 Alter, egal ob
1321 organisiert und regelmäßig oder nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll
1322 alle
1323 Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere Vision für die Hauptstadt des Sportes,
1324 dass Sport und
1325 Bewegung selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht wird: sei es das
1326 Laufen im Park,
1327 eine Runde Tischtennis im Hof, Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder
1328 Kicken auf dem
1329 Supermarkt-Dach. Dafür denken wir Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung
1330 mit. Sport
1331 verbindet auch über Grenzen hinweg. Berlin profitiert von internationalen
1332 Sportveranstaltungen. Die weltweite Bekanntheit der Sportmetropole Berlin wollen
1333 wir
1334 ausbauen.

1335 Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine

1336 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen aktiv. Sportvereine übernehmen
1337 vielfältige
1338 Funktionen, sie ermöglichen Jung und Alt Bewegung in Gemeinschaft, sie
1339 unterstützen das
1340 Zusammenwachsen unterschiedlicher Menschen und den Leistungssport. Das wäre ohne
1341 zahllose
1342 Ehrenamtliche nicht möglich, die sich als Trainer*innen oder Vereinsvorstände
1343 engagieren.
1344 Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz, sondern auch bei der Bezahlung
1345 von
1346 Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir die Finanzierung der
1347 Trainer*innen
1348 und Übungsleiter*innen verbessert.

1349 Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen

1350 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei
1351 organisierenden
1352 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
1353 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen.
1354 Deswegen werden
1355 wir das Sportfördergesetz und die Sportstättennutzungsverordnung so anpassen,
1356 dass die
1357 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird.
1358 Der neu
1359 gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive
1360 Friedrich-Ludwig-
1361 Jahn-Sportpark in Pankow sollen Vorzeige-Projekte für das Nebeneinander von
1362 institutionalisiertem und frei organisiertem Sport werden. Hierfür wollen wir
1363 den Friedrich-
1364 Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie an einem historischen Ort in
1365 einer
1366 Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine inklusive Sportstätte
1367 für alle
1368 Menschen entstehen kann.

1369 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu
1370 ermöglichen, haben wir
1371 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken
1372 kostenlose
1373 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als
1374 100
1375 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir
1376 auch in den
1377 kommenden Jahren weiterführen.

1378 Sportanlagen inklusiv und ökologisch

1379 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in
1380 Berlin in
1381 schlechtem Zustand. Mit dem Sportanlagenanierungsprogramm haben wir begonnen,
1382 Sportstätten
1383 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen

1384 wird die
1385 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen
1386 nach hohen
1387 ökologischen Standards erfolgen müssen. Die Klimakrise erfordert, dass wir in
1388 allen
1389 Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben wir in der
1390 Sportanlagennutzungsverordnung
1391 auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1392 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei
1393 werden.
1394 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle
1395 Berliner*innen in die
1396 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur
1397 Gesellschaft der
1398 Vielen, die allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Auch für eine
1399 älter
1400 werdende Gesellschaft ist es wichtig, barrierefreie Sportanlagen bereitzuhalten,
1401 damit in
1402 jedem Alter Bewegung und Sport möglich ist.

1403 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht
1404 ist es
1405 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten
1406 Flächen
1407 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von
1408 beispielsweise Schulen
1409 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit
1410 geöffnet
1411 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1412 Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für
1413 die
1414 Gesundheit

1415 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass
1416 immer wieder
1417 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Deswegen muss
1418 Schwimmunterricht Teil
1419 des Schulsportes sein. Wir wollen die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe
1420 ausweiten,
1421 damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich
1422 die Nutzung
1423 der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob
1424 Kooperationsverträge mit
1425 anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios, abgeschlossen werden
1426 können, um
1427 die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1428 Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen
1429 Dienstleistungsunternehmen
1430 umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die
1431 Preisstruktur

1432 soll transparent sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder
1433 ermöglichen. Wir
1434 haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder
1435 bereitgestellt, aber wie
1436 bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle
1437 Bäder wieder in
1438 Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und
1439 ökologisch
1440 sind.

1441 Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche
1442 körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches
1443 Geschlecht, welches
1444 Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle
1445 Orientierung und
1446 sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner*innen
1447 muss sich auch
1448 in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

1449 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1450 1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware

1451 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen
1452 wir
1453 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50
1454 Prozent
1455 Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in
1456 gemeinwohlorientierter Hand sein. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu
1457 können, treffen
1458 wir die notwendige finanzielle Vorsorge für die landeseigenen
1459 Wohnungsunternehmen. Mit
1460 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden
1461 wir eine
1462 Kooperationsvereinbarung abschließen.

1463 2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden

1464 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen
1465 angewiesen sind. Die
1466 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen
1467 Leistungen sind so
1468 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen.
1469 Solange das
1470 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in
1471 Berlin auf
1472 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für
1473 Kindergeld,
1474 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen
1475 müssen. Ein*e
1476 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen
1477 bereitstellen und
1478 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
1479 zusammenfließen. Ein Ort, alle Leistungen.

1480 3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause

1481 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein
1482 eigenständiges Leben –
1483 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade
1484 die Wohnung
1485 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen
1486 Menschen
1487 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das
1488 Landesamt
1489 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat.
1490 Diese
1491 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das
1492 LAF zu einem
1493 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

1494 4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern

1495 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf
1496 angewiesen.
1497 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich
1498 anstrengende Arbeit,
1499 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass
1500 viele
1501 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen
1502 ausgestiegene
1503 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so
1504 verbessern,
1505 dass auch eine Vollzeitätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und
1506 Mitsprache
1507 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger
1508 Arbeitszeiten. Dazu
1509 zählt auch eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen von
1510 den
1511 Ärzt*innen im Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die
1512 Akademisierung der Pflegeausbildung.

1513 5. Faire Ausbildungsbedingungen für Care-Berufe schaffen

1514 In vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Wir wollen
1515 faire
1516 Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen – dazu
1517 zählt eine
1518 angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung. Wir fordern zum Beispiel, dass
1519 Ärzt*innen
1520 im praktischen Jahr an den Lehrkrankenhäusern der Charité bezahlt werden.
1521 Zusätzlich könnten
1522 Landesstipendien für diese Engpassberufe vergeben werden.